

**Antrag 168/I/2024**

**KDV Mitte**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Für den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin! Gemeinsam gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit.**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden  
2 aufgefordert, kurz- und langfristige Maßnahmen zu er-  
3 greifen, um die Sicherheit von Jüd:innen und Israelis über-  
4 all in Berlin zu gewährleisten. Unsere Antwort auf Gewalt  
5 und Hetze gegen jüdisches Leben in Berlin sind eine kon-  
6 sequente Strafverfolgung und ein bestmöglicher Schutz.  
7 Gleiches gilt für unseren Einsatz gegen Rassismus, der sich  
8 gegen Menschen mit einer palästinensischen Migrations-  
9 geschichte oder Muslim\*innen richtet. Es müssen Maß-  
10 nahmen ergriffen werden, die ein friedliches Zusam-  
11 leben in unserer Stadt und den gesellschaftlichen Zusam-  
12 menhalt nachhaltig stärken.

13

14 Hierzu können gehören:

- 15 1. Die Stadt soll sichere Rahmenbedingungen für ei-  
16 nen wiederkehrenden Dialog mit Vertreter:innen  
17 aus den jüdischen, israelischen, palästinensischen  
18 und muslimischen Communities in Berlin bereitstel-  
19 len. Ziel ist die Schaffung sicherer Dialog-Räume für  
20 die Betroffenen, so dass gemeinsame Perspektiven  
21 für ein friedliches Miteinander und Nebeneinander  
22 entstehen können. Dafür erarbeitet der Senat im  
23 Rahmen eines Stakeholder-Dialogs ein Konzept und  
24 stellt auskömmlich Mittel bereit, um in diesen Com-  
25 munities für eine Teilnahme an diesem auf Dauer  
26 angelegte Dialogformats zu werben.
- 27 2. Förderung und Sichtbarmachung von bereits  
28 bestehenden jüdisch-muslimischen und israelisch-  
29 palästinensischen Friedens- und Begegnungs-  
30 projekten. Vermittlung, wie in der Demokratie  
31 Aushandlungsprozesse organisiert werden und  
32 wie mit Meinungsverschiedenheiten umgegangen  
33 wird. Verstärkte Präventionsmaßnahmen gegen  
34 islamistische und rechtsextreme Akteur\*innen und  
35 Agitationen, die mit Fake News und Verschwörungs-  
36 mythen zur aktuellen Situation unsere Gesellschaft  
37 spalten und unsere Demokratie aushöhlen wollen.
- 38 3. Ausbau und Weiterentwicklung von Bildungs- und  
39 Begegnungsprojekten zum Nahostkonflikt, Antise-  
40 mitismus und antimuslimischen Rassismus für Ju-  
41 gendliche und Erwachsene, insbesondere im Be-  
42 reich Justiz und Bildung. Dabei sollen im Rah-  
43 menlehrplan und der Lehrer:innenausbildung ne-  
44 ben theoretischem und historischem Wissen auch  
45 für den Umgang mit Emotionen und Traumata ver-  
46 ankert werden. Israelische und palästinensische Per-  
47 spektiven sollen berücksichtigt werden.

- 48 4. Klar anzuerkennen, dass Antisemitismus unser ge-  
49 samtdeutsches Problem ist und sich klar gegen Ver-  
50 suche zu stellen, migrantischen Communities oder  
51 Muslim:innen pauschal unter Generalverdacht zu  
52 stellen und ihre Grundrechte einzuschränken.
- 53 5. Keine pauschalen Demonstrationsverbote und eine  
54 klarere Kommunikation der Regeln gegenüber den  
55 Veranstalter\*innen bei gleichzeitigem consequen-  
56 tem Einschreiten und Verfolgung antisemitischer  
57 Straftaten.
- 58 6. Ergänzung der Verfassung von Berlin um das Staats-  
59 ziel der Antisemitismusbekämpfung und Stärkung  
60 der Antisemitismusprävention.

61  
62

### 63 **Begründung**

64 Wir können in Berlin nicht den Nahost-Konflikt lösen. Wir  
65 wollen und müssen aber in der aktuellen Situation den so-  
66 zialen Frieden stärken und dafür ein Zeichen der Verstän-  
67 digung setzen.

68

69 Am 7. Oktober 2023 beging die Terrororganisation Hamas  
70 das schlimmste Massaker an jüdischen Menschen seit  
71 dem Holocaust, dem deutschen Völkermord an den eu-  
72 ropäischen Jüdinnen und Juden. Umso bedrückender ist,  
73 dass sich jüdischen und israelische Menschen angesichts  
74 des aufflammenden Antisemitismus sich in Berlin unsi-  
75 cher fühlen. Das ist inakzeptabel und darf genau wie jed-  
76 wede Unterstützung für die Hamas keinen Platz in unse-  
77 rer Stadt haben. Der Staat und die Gesellschaft müssen  
78 handeln.

79

80 Auch in Berlin haben viele Menschen Angehörige oder  
81 Freund:innen im Gaza-Streifen. Viele Betroffenen werden  
82 unter Generalverdacht gestellt und ungerechtfertigt in ih-  
83 ren Grundrechten eingeschränkt, und zwar auch denje-  
84 nigen, die die Hamas ablehnen und Israels Existenzrecht  
85 anerkennen. Sie haben im öffentlichen Raum kaum ei-  
86 ne Stimme, was zu einem Vertrauensverlust in die deut-  
87 sche Demokratie führen kann. Friedliche Demonstratio-  
88 nen, bei denen auf das Leid der palästinensischen Zivil-  
89 bevölkerung hingewiesen wird, dürfen nicht pauschal als  
90 Störung der öffentlichen Ordnung betrachtet werden. Zu-  
91 dem führt auch Rassismus, der sich gegen Menschen mit  
92 einer palästinensischen Migrationsgeschichte oder Mus-  
93 lime richtet zur Verschärfung des politischen Klimas bei.  
94 Auch hier müssen Staat und Gesellschaft handeln.

95

96 Unsere Antwort als Demokrat:innen darf jedoch nicht  
97 „weniger Demokratie“ lauten, sondern mehr Demokratie!  
98 Das bedeutet auch einen sicheren Raum für Dialog bereit-  
99 zustellen, indem zwischen den Betroffenen Perspektiven  
100 für ein friedliches Nebeneinander und Miteinander ent-

101 stehen können.